AFRIKA 19.12.2016 | Bettina Rühl

Vorsicht vor Visionen

Wenn Afrikas Regierende von „Zukunft“ sprechen, meinen sie meist weitere Zumutungen und leere Versprechen.

Afrika wird von seinen Regierenden derzeit gerne als Kontinent der Zukunft dargestellt und von Investoren und Banken oft so beschrieben. Was die Selbstdarstellung angeht, werden mit dem Versprechen auf Zukunft ehrgeizige Infrastrukturprojekte überhöht, deren Nutzen und Machbarkeit zu guten Teilen fragwürdig sind. Oder deren negative Auswirkungen unter diesem Label besser zu „verkaufen“ sind. Bei einigen dieser Projekte geht es zwar um „grüne“ Energie, aber selbst an diesen Vorhaben ist nicht alles sauber. Dazu später mehr, jedenfalls stößt Afrikas „Zukunfts“-Image außerhalb des Kontinents seit einiger Zeit auf offene Ohren.

Dort hat der Wahrnehmungswandel vom Katastrophen-Kontinent zum Zukunftsträger vor einigen Jahren eingesetzt. Schlagworte wie „Africa Rising“ lagen plötzlich im Trend, und Investoren machten neue Absatzmärkte am Horizont aus. Untermauert wurden die optimistischen Prognosen mit makro-ökonomischen Wirtschaftsdaten, die seit dem Jahrtausendwechsel in vielen Ländern südlich der Sahara tatsächlich beeindruckend waren. Zwischen 2000 und 2015 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in der Region real um durchschnittlich 5,3 Prozent. Subsahara-Afrika wuchs damit die ganze Zeit stärker als die Industriestaaten.

Aber mit dem Einbruch der Weltmarktpreise für Erdöl und andere Rohstoffe wurde deutlich, was Skeptiker schon während des ganzen Wachstums-Hypes moniert hatten: dass sich die zweistelligen oder fast zweistelligen Zuwachsraten vor allem durch verstärkten Rohstoffexport und die (damals eben noch) hohen Preise dafür auf dem Weltmarkt erklärten. Jetzt hat sich der <link kommentar artikel das-ende-des-mythos-1254>Trend gewendet. Für 2016 erwartet der Internationale Währungsfonds für die Staaten südlich der Sahara nur noch ein Wachstum von 1,6 Prozent, mit etwas besseren Aussichten für das kommende Jahr: 3,3 Prozent.

Viele Staatschefs hatten das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre zusätzlich überhöht, als Beweis für den Aufbruch Afrikas in „die Zukunft“. Aber schon während der besten Jahre blieb die Bevölkerungsmehrheit von dem Versprechen auf eine bessere Lage – alias: „Zukunft“ – weitgehend ausgeschlossen. Die Einkommen waren in den Ländern, in denen sie besonders deutlich stiegen, auch besonders ungleich verteilt. Trotzdem hat sich die Gesamtsituation auch für die Ärmsten in den vergangenen Jahren etwas verbessert. Um das Jahr 2000 lebten noch fast zwei Drittel der afrikanischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, jetzt sind es noch gut 40 Prozent. Das ist zwar nicht mehr ganz so katastrophal, aber noch lange nicht so glänzend, wie die afrikanischen Regierungen ihre Bevölkerung glauben machen wollen.

Die Einkommen waren in den Ländern, in denen sie besonders deutlich stiegen, auch besonders ungleich verteilt.

Viele von ihnen versuchen seit Jahren, der Bevölkerung die gegenwärtigen Zumutungen mit Versprechen auf die Zukunft zu versüßen. Zu den Zumutungen gehören nicht nur die weit verbreitete Armut, sondern auch wachsende politische Unterdrückung sowie ein härteres Vorgehen gegen Kritiker und die Presse. Das gilt vor allem für Äthiopien, das sich – bei starker sozialer Ungleichheit – tatsächlich massiv entwickelt, allerdings um den Preis einer autoritären Herrschaft und massiver politischer Unruhen. Äthiopien ist trotz der jüngsten Dürre der Wachstumsmotor der Region und ein enger Verbündeter des Westens beim Kampf gegen den Terrorismus und bei der Fluchtursachenbekämpfung. Aber in den vergangenen Monaten sind hunderte Menschen bei Protesten ums Leben gekommen. Die Stabilität des Landes steht auf dem Spiel. Auch anderswo sind die politischen Spielräume deutlich kleiner geworden. Währenddessen versuchen die Herrschenden, den Blick von der Gegenwart weg auf die Zukunft zu richten.

So etwas heißt dann „Vision 2030“, wie in Kenia. Oder „Vision 2040“, wie in Uganda. Die Regierungsdarstellung der kenianischen „Vision 2030“ liest sich wie eine Beschreibung des irdischen Paradieses. Es handele sich dabei um eine „nationale, langfristige Entwicklungspolitik“ mit dem Ziel, „Kenia zu einem Industrieland mit mittlerem Einkommen zu machen, das allen seinen Bürgern bis spätestens 2030 eine hohe Lebensqualität in einer sauberen und sicheren Umwelt bietet“. Die Vision beziehe sich auf die drei Säulen Wirtschaft, Soziales und

Entwicklung.

Das ugandische Kabinett verabschiedete das Statement zur „Nationalen Vision 2040“ schon im Jahr 2007. Ziel sei, so heißt es dort, „eine veränderte ugandische Gesellschaft in einem Land, das den Sprung von einer bäuerlichen zu einer modernen und wohlhabenden Gesellschaft geschafft hat”.

Diese Visionen sind jeweils an ehrgeizige Infrastrukturprojekte gekoppelt. In Kenia vor allem an LAPSET, die Kombination von mehreren Projekten für geschätzte Gesamtkosten von 24,5 Milliarden US-Dollar. An dem Projekt sollen sich dem Wunschdenken nach vier Länder beteiligen: Äthiopien, Kenia, Südsudan und Uganda. Aber längst haben einige von Kenias vermeintlichen Partnern ihr eigenes Süppchen auf den Herd gesetzt. LAPSET droht an politischen Konflikten, fehlendem Willen und Finanzierungslücken zu scheitern.

So sehr sich Afrika ja tatsächlich entwickelt, so sehr sind die Verheißungen der Regierenden trotzdem oft fauler Zauber.

Zugleich zeigen sich bei den ebenfalls umfänglichen Investitionsplänen für den Norden Kenias bereits jetzt die Schattenseiten der versprochenen Entwicklung. Der bisher vernachlässigte Norden soll für die Ansiedlung eines riesigen Windparks und die Exploration von Erdöl wirtschaftlich erschlossen werden. Jetzt schon nehmen die Konflikte in der Gegend deutlich zu, weil sich die Menschen mehr Vorteile von der wirtschaftlichen Erschließung ihres Lebensraums erhofft haben und weil mehrere Volksgruppen um ihren Anteil an den Profiten wetteifern. Andere lehnen sich auf, weil sie sich um das angestammte Weideland für ihre Herden betrogen sehen.

Zumindest ambivalent sind auch die Staudammprojekte von Kenias Nachbarland Äthiopien. Der Gilgil-Staudamm soll den Omo-Fluss stauen, der den nordkenianischen Turkana-See speist. Kritiker warnen, dass dadurch der Wasserspiegel des Sees deutlich sinken würde, mit den entsprechenden Folgen für die Umwelt. Außerdem befürchten sie negative Folgen für die Menschen im Einzugsgebiet des Omo in Äthiopien und Kenia. Der Damm beendet den Zyklus, in dem der Fluss die angrenzenden Felder überflutet. Dadurch gefährde er die Lebensgrundlage von 200 000 Menschen in Kenia und weiteren 300 000 in Äthiopien.

Mit einem zweiten Projekt beschwört die äthiopische Regierung noch offensichtlicher den Aufbruch in die Zukunft. Es geht um den in Bau befindlichen „Großen Damm der äthiopischen Wiedergeburt“, eine Talsperre zur Energiegewinnung am Blauen Nil. Mit Wasserkraft aus den Großstaudämmen will Äthiopien zum führenden Stromproduzenten Afrikas aufsteigen. Es verspricht sich durch die steigende Verfügbarkeit von Energie die sehr spürbare soziale und wirtschaftliche Weiterentwicklung des Landes. Zudem wird die Energie als „grün“, weil nicht fossil, gepriesen. Aber wie immer gibt es auch viele Verlierer, darunter die etwa 500 000 Menschen, die infolge der Staudammprojekte vertrieben werden. Diese hohe Zahl räumt selbst die Weltbank ein, die Äthiopiens Pläne begrüßt. Internationale Konflikte ergeben sich außerdem mit den anderen Nil-Anrainern, vor allem Ägypten und dem Sudan.

Vorsicht ist also geboten, wenn das Schlagwort „Zukunft“ fällt. So sehr sich Afrika ja tatsächlich entwickelt, so sehr sind die Verheißungen der Regierenden trotzdem oft fauler Zauber. Die Frage, wovon sie ablenken sollen, führt in den meisten Fällen zu einem Ergebnis.



Bettina Rühl
Köln / Nairobi

Bettina Rühl berichtet seit über zwanzig Jahren aus und über Afrika. Sie lebt in Köln und Nairobi.

5 LESERBRIEFE

Alexander M. schrieb am 20.12.2016

Das Grundproblem in Afrika ist die rasante demographische Entwicklung.
Länder, bei denen die Bevölkerungsmehrheit unter 15 Jahre alt ist, haben kaum eine reelle Chance, der Jugend Perspektiven und (Aus-)Bildung zu verschaffen. Das würde uns auch kaum gelingen. Aber dieses Thema scheint mir politisch nicht opportun zu sein. Nachhaltige Entwicklung heißt auch - Beispiel China - sich der Probleme eines überschnellen Bevölkerungswachstums bewusst zu sein und gegenzusteuern. Die Lösung muss ja nicht lauten, wie in China, aber hier könnte sicher ein sinnvoller Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit (Aufklärung, Verhütung etc.) gesetzt. werden.

Prof.Dr. Hans F. ILLY schrieb am 20.12.2016

Ein sehr treffend formulierter Beitrag, vielen Dank !
Aber man müsste m.E. noch deutlicher werden: Seit der Unabhängigkeit afrikanischer Länder lassen wir uns von solchen Blasen an der Nase herum führen und gaben Hunderte von Milliarden DM/EURO an die dort herrschenden Potentaten, die sich dadurch direkt oder indirekt schamlos bereichern konnten. Es ist eine

historische Schande für Afrika und die westliche Entwicklungspolitik, dass sich die Zahl ehrlicher und nicht korrupter afrikanischer Politiker wahrscheinlich an den Fingern einer Hand abzählen lässt..Deshalb die Forderug: Nur noch Transfers an Personen und Organisationen in Afrika außerhalb der regierungsoffiziellen "Partner" !
H F ILLY
Mitunterzeichner des Kölner Memorandums "Bloß keinen Marshallplan für Afrika"

Stefan schrieb am 20.12.2016

Inzwischen ist es wissenschaftlich und peer-reviewed: eine Demokratie wächst nicht schneller, eine westliche Demokratie ist nicht gefeit vor institutioneller Dysfunktion und Rückkehr in quasi-feudale Verteilung von Macht, Reichtum und Chancen. Menschenrechte, bis hin zu LGBT Recht in bewaffneten Streitkräften, sind wichtig, bedürfen aber der Abwägung. Bisher war Afrika aus geografischen und geoökonomischen Gründen den Bodensatz der globalen Wertschöpfung, noch besteht kein Trend, dass sich dies ändert. Schuldzuweisungen, die Annahme eindeutiger

Kausalitäten sind genauso oft billig wie falsch. Afrikas Reichtümer werden an Londons Rohstoffbörsen gehandelt, die Korruption is ungleich größer, gebilligt, akzeptiert und für gut befunden, Stichwort "flat world" gemeinsamer Verantwortung.

Klaus schrieb am 20.12.2016

Auch aus meiner Sicht sollte es nun nicht auch noch "leere Versprechungen" von unserer Seite geben. "Marshall-Plan" ist ein großer Name, dem Europa oder gar Deutschland gegenüber Afrika ganz sicher nicht gerecht werden. Hinter dieser Vision stehen aber vielleicht doch einige nützliche Ideen.
Gravierendste Fehlentwicklungen in Afrika haben vor allem die dortigen Kleptokratien zu verantworten. Eine stärkere Orientierung der Zusammenarbeit auf diejenigen Regierungen, die eben doch Entwicklungswillen erkennen lassen und eine konsequentere Förderung von Investitionen und Ausbildung in Zusammenarbeit mit den vielen hervorragenden Partnern in der afrikanischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft sind sicher richtig.

Prof. Dr. Werner Ruf schrieb am 20.12.2016

Der Kollege Hans Illy hat Recht. Nur sollte man noch die finanzpolitische und die militärische Dimension hinzufügen: Schon in Bretton Woods hatte sich Frankreich mit der Schaffung der Communauté Financière d'Afrique (CFA) die bis heute bestehende Finanzhoheit über seine 1960 "unabhängig" gewordenen Kolonien gesichert - flankiert durch Militärabkommen mit den wichtigsten Staaten der Region. CFA sichert den freien Geldtansfer nach Frankreich, die Plünderung des Kontinentts und den Transfer der Einnahmen der Potentaten. Wird das System gestört, interveniert Frankreich militärisch. Inzwischen sind auch die USA mit ihrem African Command für Afrika zuständig, und Deutschland baut seine Militärpräsenz aus: Der Zugriff auf die Rohstoffe kann nicht den wackeligen Potentaten überlassen bleiben!